

## RHEINISCHE POST

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR



## KINDERBÜCHER

Werke für kleine und nicht mehr so kleine Leser sind gute Ostergeschenke. Wir stellen einige vor. Kultur

## SYNODALER WEG

Nach langen Debatten ist von der Hoffnung auf Reform wenig übrig. Kultur

## MOHAMMED BIN SALMAN

Der saudische Prinz und die Mullahs im Iran nähern sich an. China hat das eingefädelt. Politik



## DÜSSELDORF

## LOKALES

## Die Luftqualität verbessert sich leicht



An fast allen Messstationen haben sich die Stickstoffdioxid-Werte verbessert. Helfen soll bald auch eine dynamische Verkehrssteuerung.

SEITE C1

## VERKEHR

## Weitere Verfahren gegen Autoposer

Düsseldorf droht erneut Zwangsgelder an, obgleich sich ein Autoposer erfolgreich gewehrt hat. Die Stadt kämpft für ihre Verfahren vor Gericht.

SEITE C1

## DÜSSELDORFER SÜDEN

## Der Frauentag geht weiter

Im Bürgerhaus Reisholz trafen sich Frauen unterschiedlicher Nationalitäten – es wurde am Sonntag gegessen, gefeiert und getanzt.

SEITE C7

## ZITAT

„Wir können unser Land nur mit konkreten Vorschlägen voranbringen und nicht mit Klima-Blabla.“

Volker Wissing (52, FDP), Bundesverkehrsminister

## WETTER

## Zunehmend Schauer, lokal Sturmböen



## RP KONTAKT

Leserservice 0211 505-1111, Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr  
www.rp-online.de/Leserservice  
Anzeigenservice  
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr  
www.anzeigen.rp-online.de

RP-ONLINE.DE

## LINKS AUSSEN

Das Weltraumwetter dürfte in den nächsten Jahren ungemütlicher werden, lesen wir in den Nachrichten. Schuld daran sei eine Zunahme von Sonnenstürmen. Astronauten müssen sich deswegen nicht warm anziehen, das wäre ja kontraproduktiv. Vielmehr können gewaltige Eruptionen auf der Sonnenoberfläche Satelliten beschädigen und sogar großflächige Stromausfälle auf der Erde zur Folge haben. Wir hätten allerdings, beim Blick nach draußen, nichts gegen einen Sonnensturm einzuwenden, ein ganz kleiner würde vielleicht schon reichen, um das momentane Niesel-Grau zu vertreiben. Es muss ja nicht gleich sonne Eruption sein, dass was kaputtgehen könnte. bew



4 190586 802405 1 0 0 1 1



## ONLINE-EINKAUF

## Alles Wichtige zur Retoure

Jedes Jahr fallen Millionen von Rücksendungen an. Und sie können ein Ärgernis sein – für Kundinnen und Kunden ebenso wie für die Unternehmen. Wir klären die wichtigsten Fragen. Wirtschaft

FOTO: ROLF VENNENBERND/DPA

## Mehr Tote bei illegalen Autorennen

Im vergangenen Jahr starben dabei in Nordrhein-Westfalen zwölf Menschen. Die Mehrheit der Getöteten saß nicht selbst am Steuer, sondern fuhr nur mit oder war ganz unbeteiligt. Aufklärung an Schulen soll nun helfen.

VON SINA ZEHRFELD

**DÜSSELDORF** Zwölf Menschen sind 2022 in Nordrhein-Westfalen durch mutmaßliche illegale Autorennen gestorben. Dabei saß die Mehrheit der Getöteten selbst nicht am Steuer eines Unfallwagens. Das ergab eine Auswertung des Innenministeriums auf Anfrage unserer Redaktion. In mehreren Fällen überlebten die Fahrer, während andere starben.

So kamen im Februar am Niederrhein drei junge Mitinsassen bei einer Fahrt ums Leben, die in der Polizeistatistik als illegales Rennen geführt wird; ein Prozess steht aus. Mitte Mai wurde ein Beifahrer in Bochum bei einer solchen Fahrt durch einen Zusammenprall mit einem Lkw tödlich verletzt. Im Kreis Kleve kamen im Herbst neben einem Fahrer zwei Kinder in einem Unglücksauto zu Tode. Außerdem wurde im März in Bielefeld ein Fußgänger durch ein Motorrad erfasst. Somit starben 2022 bei acht Unfällen, hinter denen die Polizei illegale Rennen vermutet, sechs Mitfahrer und eine

unbeteiligte Person. Fünf Fahrzeugführer kamen ums Leben. 2021 war ein Mensch bei solchen Rennen gestorben, 2020 waren es fünf gewesen, 2019 zwei.

Jeder dieser Unfälle sei tragisch. „Deshalb müssen wir die jungen Leute schon ganz früh dafür sensibilisieren, dass jeder zu schnell gefahrene Kilometer das Leben und das Leben der Mitfahrer kosten kann“, sagte Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion: „Wir müssen mit Prävention und auch mit Repression jeder wahnwitzigen Idee, an einem Kfz-Rennen teilzunehmen, entgegenwirken.“

Ein neues Präventionsprogramm des Landes, das sich an junge Menschen richtet, ist im Oktober unter dem Titel „Verantwortung stoppt Vollgas“ gestartet. Dabei geht die Polizei an Schulen und präsentiert dort unter anderem Unfallfahrzeuge. Das Programm habe nicht nur die Ansprache möglicher Fahrer, sondern auch möglicher Beifahrer im Blick, heißt es aus dem Innenministerium. Es würden Argumente

vermittelt, um andere von Rennen abzuhalten und es auch abzulehnen, als Mitfahrer dabei zu sein.

Illegale Autorennen beschäftigen die öffentliche Diskussion bundesweit. Einen eigenen Straftatbestand gibt es seit 2017. Werden Mitinsassen im Fahrzeug gefährdet, kann dies strafverschärfend wirken. Kommen Unschuldige ums Leben, sind Verurteilungen wegen Mordes mög-

lich. Nach Erfahrung des Verkehrsrechtsexperten Christian Demuth ist die effektivste Maßnahme des Strafrechtes aber eine andere: „Was die Menschen am meisten schreckt, ist die Entziehung der Fahrerlaubnis und des Fahrzeugs“, so der Fachanwalt aus Düsseldorf. „Das sensibilisiert mögliche Täterkreise mehr als eine gesellschaftspolitische Diskussion oder der Ruf nach harten Geld- oder Freiheitsstrafen.“ Das liege an Täterprofilen und Umständen: „Es sind überdurchschnittlich häufig jüngere Männer mit PS-starken Fahrzeugen, die abends durch die Stadt fahren. Und dann ergibt sich so ein Rennen spontan, wenn sich zwei an der Ampel treffen.“ Da werde nicht viel abgewogen – ihre Autos und das Fahren an sich seien den Betroffenen aber enorm wichtig.

Für Hinterbliebene ist oft die Ungewissheit über Umstände und Schuldfragen extrem quälend. Unabhängig von der Art der Unfallursachen wünschten sich Angehörige häufig mehr Transparenz bei den Ermittlungen, erklärte die neue Opfer-

schutzbeauftragte des Landes NRW, Barbara Havliza. Vor allem dann, wenn die Verfahren sehr lange dauern: „Zum Beispiel, wenn aufwendige Sachverständigengutachten zum Unfallhergang erstellt werden müssen, die auch eine mögliche Mitverursachung des Unfallopfers mit in den Blick nehmen müssen.“

Die SPD im Düsseldorf Landtag attackiert Innenminister Herbert Reul für die besorgniserregende Raserstatistik. „Drogenkriminalität, Gewalt bei Kindern und Jugendlichen oder nun die Autorennen – Innenminister Reul bekommt verschiedenste Problemlagen nicht in den Griff“, so die innenpolitische Sprecherin Christina Kampmann.

Verkehrsrechtler Christian Demuth weist aber auf eine statistische Unschärfe hin. Es gilt auch als illegales Rennen, wenn ein Fahrer allein – ohne Kontrahenten – versucht, maximale Geschwindigkeiten zu erreichen. Darum würden heute Fahrten als Rennen angezeigt, die früher als reine Geschwindigkeitsüberschreitung gegolten hätten.

## INFO

## Durchschnittsalter liegt bei 26 Jahren

Polizeistatistik 2022 gab es in NRW mehr als 2000 illegale Rennen, in der Folge über 480 Unfälle. Das Durchschnittsalter der Beschuldigten lag bei 26 Jahren.

Strafen Für die Teilnahme drohen bis zu zwei Jahre Haft. Höhere Strafen sind möglich, wenn beim Rennen Menschen gefährdet oder geschädigt werden.

## 2,2 Prozent wiederholen die Klasse

Damit liegt die Quote an NRW-Schulen auf dem Niveau von vor der Pandemie.

**DÜSSELDORF** (szf) Rund 52.700 junge Menschen und damit 2,2 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen wiederholen im derzeit laufenden Schuljahr 2022/23 die Klassenstufe. Darunter fallen alle Kinder und Jugendlichen, die am Ende des vergangenen Schuljahres sitzen geblieben sind, und diejenigen, die das Jahr freiwillig noch einmal absolvieren. Dabei ist der Anteil der Jungen über alle Schulformen hinweg höher als der der Mädchen. Insgesamt sind fast 29.600 Wiederholer männlich. Das geht nach einer Anfrage der FDP aus der Antwort von Landesbildungsministerin Dorothee Feller (CDU) hervor, die unserer Redaktion vorliegt. Mit 2,2 Prozent liege die Klassenwiederholungsquote auf dem Wert

des letzten Vor-Corona-Schuljahres 2019/20. Während der Pandemiejahre hatte NRW, so wie alle anderen Bundesländer auch, allerdings besondere Maßnahmen ergriffen. So wurden vereinfachte Versetzungsbedingungen und unter dem Titel „Ankommen und Aufholen“ spezielle Lern-Unterstützungsangebote eingeführt. In den Ausführungen des Ministeriums heißt es nun, es sei „nicht unwahrscheinlich“, dass sich die Wiederholerzahlen nach dem Ende dieser Maßnahmen weiterhin dem Vor-Pandemie-Niveau annäherten. Zugleich nennt Feller weitere Spekulationen über künftige Entwicklungen unter Normalbedingungen verfrüht. „Mit den Versetzungen im Sommer 2023 und den Folgejahren wird sich zeigen, inwie-

weit sich die umfassenden schulischen Fördermaßnahmen, unter anderem auch im Kontext des Programms ‚Ankommen und Aufholen‘, in den Leistungen der Schülerinnen und Schüler niederschlagen.“

Die FDP wirft der Landesregierung Naivität vor. Die Annahme, die Zahl der Klassenwiederholungen werde sich auf dem Vor-Corona-Niveau einpendeln, sei „angesichts der Ergebnisse des IQB-Bildungsmonitors und des zunehmenden Unterrichtsausfalls erstaunlich“, so die Abgeordnete Franziska Müller-Rech, die die Auswertung angefordert hatte. Die Landesregierung mache sich offenbar selbst kein Bild über die Wirkung von Fördermaßnahmen und davon, welcher weitere Handlungsbedarf bestehe.

## Faeser verspricht Überprüfung des Waffenrechts

**HAMBURG/BERLIN** (kna) Nach dem Amoklauf bei einem Gottesdienst der Zeugen Jehovas in Hamburg mehrten sich die Rufe nach einer Verschärfung des Waffenrechts. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erwägt weitere Einschränkungen: In den „Tagesthemen“ sagte sie, die Tat habe gezeigt, dass Änderungen „notwendig“ seien. So solle beim Antrag auf eine Waffenbesitzkarte künftig überprüft werden, „ob jemand psychologisch geeignet sei“. Sie wolle ihren Gesetzentwurf nun auf mögliche „Lücken“ prüfen, erklärte die Ministerin. Am Donnerstagabend hatte ein 35-Jähriger in einem Gebäude der Zeugen Jehovas in Hamburg sieben Menschen und anschließend sich selbst erschossen. **Leitartikel, Politik**

## Experten: Russen stecken in Bachmut fest

**KIEW** (ap) Die russischen Angriffe in der ukrainischen Stadt Bachmut sind nach Einschätzung der US-Denkfabrik Institute for the Study of War festgefahren. Es gebe keine Hinweise auf weiteres Vordringen. Nach Angaben des Sprechers der ukrainischen Streitkräfte im Osten, Serhij Tscherewaty, gab es binnen 24 Stunden 23 Gefechte in der Stadt. Russische Truppen greifen Bachmut seit August an. Nach Angaben des britischen Verteidigungsministeriums kontrollieren sie den Ostteil weitestgehend. Jeder weitere Vorstoß werde die Invasoren wahrscheinlich hohe Verluste kosten. Bei russischen Angriffen in anderen Regionen der Ukraine wurden insgesamt mindestens fünf Menschen getötet. **Politik**